

1
2 III. Menschen vor Profite – demokratische Kontrolle in den Betrieben

3 In NRW ist in den vergangenen Jahren nicht nur die Armut gewachsen, sondern auch der Reichtum von
4 wenigen Superreichen wie den Besitzern von ALDI oder der Familie Grillo. (mehr dazu in Kapitel II.). Die Armut
5 der Vielen und der Reichtum der Wenigen sind im Kapitalismus zwei Seiten derselben Medaille. Wenn die
6 Unternehmen die Menschen für Niedriglöhne arbeiten lassen, bleiben die Menschen arm, obwohl die
7 Eigentümer*innen große Profite machen. Eben diese Entwicklung hat NRW besonders getroffen. Vor allem
8 Frauen arbeiten noch immer für deutlich weniger Gehalt als ihre männlichen Kollegen.

9 Ein Fünftel der Beschäftigten in NRW arbeitet heute im Niedriglohnbereich. Steuergeschenke an die
10 Superreichen haben gleichzeitig die öffentlichen Kassen geleert.

11 Das Wirtschaftswachstum stagniert in NRW, da den Menschen die Kaufkraft fehlt und die Kommunen nicht
12 investieren können.

13 Für uns bedeutet gute Wirtschaftspolitik: Sich auf die Seite der großen Mehrheit zu stellen und auf eine
14 Wirtschaft hinzuarbeiten, die den Menschen nutzt und die Umwelt schont.

15 Wir setzen uns für die Umverteilung des riesigen Reichtums in unserer Gesellschaft und eine echte
16 Demokratisierung der Wirtschaft ein. Wir leben in einem der reichsten Länder der Welt. Der von den
17 Arbeitenden produzierte Reichtum würde es problemlos erlauben, eine würdige Existenz für alle hier lebenden
18 Menschen zu gewährleisten. Gemeinschaftsgüter könnten allen Menschen frei zugänglich gemacht werden -
19 von guten Bildungsmöglichkeiten, guter Gesundheitsversorgung und Pflege für alle bis zum kostenfreien
20 Nahverkehr. Der Raubbau an der Umwelt und der Zwang zu unbegrenztem Wirtschaftswachstum könnten
21 beendet, die natürlichen Ressourcen geschont werden.

22 . Dies setzt voraus, dass der neoliberale Einfluss auf die Politik gebrochen wird.

23 *Was tun?*

24 *Stiftungen und andere Organisationen und deren Mitarbeiter*innen, die für eine neoliberale Politik*
25 *stehen, dürfen weder in Ministerien arbeiten noch von diesen mit Berater- oder anderen Aufgaben*
26 *beauftragt werden.*

27 *Zusammenschlüsse, die ihre wirtschaftliche Macht missbrauchen, sind zu verbieten. Großkonzerne sind*
28 *zu entflechten und in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft zu überführen.*
29

30

31 Die Bertelsmannstiftung in Gütersloh verbindet die große Marktmacht und Medienmacht des
32 Bertelsmannkonzerns, eines der weltweit größten Medienunternehmen, mit einer politischen Beratungsmacht, die
33 gesellschaftspolitisch eine weitreichende Wirkung entfaltet. Hier wird der gemeinwirtschaftliche Bereich, der
34 dem Gemeinwohl dienen soll, profitwirtschaftlichen Interessen untergeordnet. Orientierung bieten neoliberale
35 Heilslehren. Sachzwänge werden erklärt, Alternativen sind dann überflüssig und erscheinen nur noch als
36 Querulantentum.

37 Unter anderem förderte die Bertelsmannstiftung wichtige Vorarbeiten für die „Agenda 2010“ und die
38 sogenannten Hartz-Gesetze der rot-grünen Bundesregierung ebenso wie auch Hochschulreformen. Weitere
39 Projekte in verschiedenen Feldern wie im Gesundheitswesen und der Bildung bieten Chancen für die
40 Kapitalverwertung. Viele Menschen bleiben dann allerdings draußen vor der Tür. Immer mehr Güter und
41 Dienstleistungen in bisher gemeinwirtschaftlichen Bereichen sollen privatisiert werden. Für Vorhaben der
42 Bertelsmannstiftung bietet dann der Bertelsmannkonzern die Lösung an.

43 Für die Bertelsmannstiftung wird Gemeinnützigkeit in Anspruch genommen mit dem damit verbundenen
44 Steuervorteil. Der steuerzahlende Bürger bezahlt die Konzepte, die ihm seine Mitwirkungsrechte in den
45 gemeinwirtschaftlichen Bereichen wegnehmen. Das Kriterium dafür, dass einer Stiftung also auch der
46 Bertelsmannstiftung Gemeinnützigkeit verliehen wird, ist Selbstlosigkeit. Dieses Kriterium dürfte kaum erfüllt

47 sein. Bisher wird nach den üblichen Kriterien die Gemeinnützigkeit der Bertelsmannstiftung von der
48 Finanzverwaltung anerkannt. Das Steuerrecht und das Stiftungsrecht ist blind für die Machtverflechtungen
49 großer Wirtschaftsunternehmen. Die „Bertelsmannrepublik Deutschland“ (so ein Buchtitel) braucht nicht auch
50 noch ein Bertelsmann Bundesland NRW

51 **Was tun?**

52 Der Bertelsmannstiftung muss die Gemeinnützigkeit aberkannt werden, da das Kriterium der Selbstlosigkeit
53 nicht erfüllt ist.

54 Eine Reform des Steuerrechts und des Stiftungsrechts ist überfällig. Hierzu ist eine öffentliche Debatte zu
55 führen.

56 Lobbyismus muss transparent gemacht werden.

57 Einer Privatisierung der Politik ist Einhalt zu gebieten.

58

59

60 **Kapitalismus, Krieg und Umweltzerstörung sind nicht das Ende der Geschichte.**

61 Eine andere Welt ist möglich. Und wir wollen hier und jetzt das Leben der Menschen verbessern. Viele unserer
62 politischen Vorschläge weisen den Weg in eine alternative Gesellschaft. Schon heute arbeiten an vielen Stellen
63 Menschen für eine solche bessere Gesellschaft. In Betrieben und Gewerkschaften, Hochschulen,
64 Genossenschaften, Stadtteilgruppen und Vereinen. Wir wollen zusammen mit diesen Menschen einer
65 solidarischen Wirtschaft und gerechten Arbeitswelt Schritt für Schritt näher kommen.

66 ***Was tun?***

67 *Sichere und gut bezahlte Arbeitsplätze schaffen*

68

69 *Orientierung auf den Binnenmarkt nach sozialen und ökologischen Prinzipien*

70 *Demokratische Kontrolle auch in der Wirtschaft*

71 1. Investieren und wieder handlungsfähig werden – keine Steuergeschenke mehr an Millionär*innen, Konzerne
72 und Banken

73 Ein armer Staat kann wenig gegen die Armut von immer mehr Menschen unternehmen. Das gilt auch für NRW
74 und seine hoch verschuldeten Kommunen. Wir haben ein Einnahmen- und kein Ausgabenproblem. Der
75 Landeshaushalt und erst recht die kommunalen Haushalte sind für die Wahrnehmung der öffentlichen
76 Aufgaben nicht hinreichend ausgestattet. Die Ursache sind die ungeheuren Steuergeschenke an
77 Multimillionäre, Konzerne und Banken von rund 70 Milliarden pro Jahr. Zusätzlich gehen der öffentlichen Hand
78 jedes Jahr geschätzt 100 Milliarden durch den organisierten Steuerdiebstahl und Steuerbetrug der
79 Superreichen verloren.

80 Um die Einnahmesituation in NRW grundsätzlich zu verbessern, brauchen wir dringend eine andere
81 Steuerpolitik des Bundes. DIE LINKE hat ein Steuerkonzept vorgelegt, das auf eine gerechte Besteuerung der
82 Reichen und Vermögenden setzt und die Mittelschicht entlastet.

83 Würde ein solches Steuerkonzept umgesetzt, entfielen auf NRW rund 21 Milliarden zusätzliche
84 Steuereinnahmen pro Jahr.

85 Wir werden sowohl im Landtag noch vor der Bundestagswahl im September 2017 eine Bundesratsinitiative für
86 eine gerechte Steuerpolitik einbringen. 2017 kann das Wahljahr für eine Wende in der Steuer- und

87 Wirtschaftspolitik werden. Wir werden entschieden Druck für Verteilungsgerechtigkeit und damit auch weniger
88 Armut und neue Arbeitsplätze machen.

89 **Mehr Steuerprüfer*innen für höhere Einnahmen**

90 Als Teil der Lösung des Einnahmeproblems wollen wir zusätzliche Steuerprüfer einstellen. Fast 90 % der
91 Millionäre in NRW werden auch in diesem Jahr nicht kontrolliert. Auf jeden Betriebsprüfer kommen in NRW
92 derzeit 551 Betriebe. Auch muss NRW in zusätzliche Finanzgerichte investieren, um als Land handlungsfähig
93 gegenüber Konzernen, Banken und den hochbezahlten Wirtschaftskanzleien zu werden, die aus
94 Steuerhinterziehung ein Geschäftsmodell gemacht haben.

95 **Investitionen in Arbeitsplätze statt unsoziale Schuldenbremse**

96 Solange die öffentlichen Haushalte in NRW nicht entsprechend der öffentlichen Aufgaben finanziert sind, ist die
97 Schuldenbremse in NRW weder gerecht noch nachhaltig. Wir lehnen die Schuldenbremse als Kürzungsdiktat
98 und Folge der Milliardengeschenke an Konzerne und die Oberschicht entschieden ab. Die Menschen in NRW
99 brauchen keine schwarze Null, sondern eine Landesregierung, welche die ausufernde Armut der Menschen und
100 Kommunen anpackt und dafür Geld in die Hand nimmt.

101 **Was tun?**

102 *Investieren! In Arbeitsplätze und moderne Infrastruktur*
103 *Keine Kürzungen bei Bildung, Soziale Aufgaben, Kultur und Sport*
104 *Haushalte durch gerechtere Steuerpolitik sanieren*

105 **Investitionsstau auflösen, neue Arbeitsplätze schaffen**

106 Wer sorgt sich nicht darum? Die Infrastruktur im Land verfällt. Brücken, Straßen, Schulen und öffentliche
107 Gebäude werden nicht mehr in Stand gesetzt. Der Investitionsstau in der öffentlichen und sozialen
108 Infrastruktur ist nicht nur eine schwere Hypothek für die kommenden Jahre. Es ist auch ein stiller Abbau der
109 sozialen Rechte für breite Teile der Bevölkerung: All diejenigen Menschen in NRW zahlen die Zeche für leere
110 öffentliche Kassen, die auf öffentliche Kitas, Jugendzentren und Schwimmbäder, kulturelle Einrichtungen,
111 Schulen oder Bus und Bahn angewiesen sind.

112 Ein wichtiger Schritt für die Überwindung der sozialen Spaltung in NRW ist ein mutiges Konjunktur- und
113 Investitionsprogramm. So wollen wir die Infrastruktur des Landes erneuern, wichtige Nachfrageimpulse liefern
114 und qualitatives Wirtschaftswachstum in NRW anregen. Wir unterstützen hierzu die Forderung der
115 Gewerkschaften, bis zum Jahr 2020 mindestens 500.000 Arbeitsplätze zu schaffen und zu sichern. Vorrang hat
116 die Instandsetzung und Instandhaltung vor dem Neubau von Leuchttürmen, Renommier-Projekten und
117 Politikerdenkmälern. Öffentliche Bauprojekte, insbesondere Straßenbau wollen wir nur durchführen, wenn sie
118 ökologisch sinnvoll sind. Für NRW schlagen wir ein konkretes Investitionsprogramm vor, von dem alle
119 profitieren können.

120 **Was tun?**

121 *Kita- und Schulgebäude, Spiel- und Sportplätze sanieren und ausbauen*
122 *Straßen und Wasserleitungen sanieren*
123 *Öffentlichen Nahverkehr und Schienennetz sanieren und ausbauen*
124 *Arbeitsplätze in Bauwirtschaft, -Handwerk und Zulieferern schaffen*
125 *Bildung und Gesundheitswesen mit neuen Stellen verbessern*
126 *Neuansiedlungen von Betrieben durch bessere Infrastruktur*
127 *Investitionsfonds zur Beseitigung von Flächenrestriktionen mit dem Ziel des verstärkten Flächenrecyclings*

128 **Auf dem Weg zur 30-Stunden-Woche**

129 Immer mehr Waren und Dienstleistungen können dank Informationstechnik und Automatisierung in immer
130 kürzerer Zeit hergestellt werden. In einer Wirtschaftsordnung, die dem Allgemeinwohl dient, muss die
131 Produktivitätssteigerung den Beschäftigten zugutekommen. Entweder die Löhne steigen, und damit die

132 Nachfrage. Oder die Beschäftigten können kürzer arbeiten und bekommen mehr Zeit für sich, ihre Nächsten,
 133 Kultur oder Politik. Die kapitalistische Wirtschaftsordnung orientiert sich nicht am Allgemeinwohl. Die
 134 Steigerung der Produktivität wurde nur zur Profitmaximierung der Kapitaleigner genutzt und führte deshalb zu
 135 Massenarbeitslosigkeit und sinkenden Realeinkommen. Während tausende Menschen keinen Job mehr finden,
 136 arbeiten sich andere kaputt. Unsere Lösung für diese Situation ist die Umverteilung von Arbeit, von der alle
 137 Beschäftigten profitieren.

138 Insbesondere durch den rasanten Fortschritt in der Automatisierung (Industrie 4.0), der Vernetzung von
 139 Maschinen untereinander und der Verfügbarkeit aller benötigten Daten in der Cloud wird sich die Arbeitswelt
 140 verändern. Industrie 4.0 darf nicht zu einem neuen fehlgeschlagenen Strukturwandel führen.

141 Wir schlagen eine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich vor. Die Idee: Arbeit wird neu
 142 verteilt. Unser Ziel ist eine 30-Stunden-Woche für alle. Für Erwerbslose entstehen neue Perspektiven und
 143 Arbeitsmöglichkeiten, Beschäftigte in Vollzeit bekommen spürbar mehr freie Lebenszeit und niemand wird
 144 mehr zu Minijobs gezwungen. All dies ist jetzt schon umsetzbar: Wenn die Löhne entsprechend der Inflation
 145 steigen und die Arbeitszeit in gleichem Maße gesenkt wird wie die Produktivität ansteigt, wäre das ein
 146 gangbarer Weg. Der technologische Fortschritt kommt so nicht mehr nur den Besitzern von Unternehmen
 147 zugute, sondern der gesamten Gesellschaft. NRW muss sich über den Bundesrat für eine bessere Verteilung der
 148 Arbeit stark machen.

149 **Was tun?**

150 *Arbeit umverteilen durch gesetzliche Reduzierung der Wochenstunden*

151 *Politische Initiative aus NRW zur Umverteilung von Arbeit und Gewinnen*

152 *30-Stunden-Woche als Ziel einer sinnvollen Verteilung von Arbeit*

153 *Um- und Weiterbildungsangebote ausbauen*

154 *Bildungsurlaub auf regelmäßige Angebote ausweiten*

155 *Infrastruktur an den Bedürfnissen lokal produzierender Betriebe ausrichten*

156 *zukünftige Anforderungen an die Infrastruktur frühzeitig mit einplanen*

157 **2. Industrie: Arbeit sichern und ökologisch umbauen**

158 Der Erhalt und der Ausbau der industriellen Kerne in NRW ist eine wichtige Aufgabe. Für uns gilt: Die
 159 bestehenden Arbeitsplätze dürfen nicht ersatzlos wegbrechen. Für die bereits vernichteten Arbeitsplätze in der
 160 Montanindustrie braucht es Neuansiedlungen, damit die Menschen in den betroffenen Regionen eine Zukunft
 161 haben. Die RAG Stiftung muss an den ehemaligen Steinkohleförderstandorten zur Bewältigung des
 162 Strukturwandels selbst investieren. Strukturwandel und die Kohlekonversion dürfen nicht allein der
 163 öffentlichen Hand aufgelastet werden. DIE LINKE. NRW setzt sich ein, für die Schaffung neuer Arbeitsplätze an
 164 den ehemaligen Zechenstandorten durch deutlich mehr Investitionen von Unternehmen der RAG Stiftung. Die
 165 RAG Stiftung mit ihren verbundenen Unternehmen z. B. Evonik AG ist durchaus in der Lage aus eigener Kraft
 166 mehr in erneuerbare Energien und nachhaltige Technologien zu investieren. Handwerk und Kleinbetriebe
 167 bekommen so neue Geschäftsfelder. Es entstehen zusätzlich neue Arbeitsplätze.

168 Wir wollen neue Industriearbeitsplätze aufbauen, indem die viel zu niedrigen Innovationen und Investitionen in
 169 NRW erhöht werden. Unser industriepolitisches Ziel ist eine binnenwirtschaftliche Ausrichtung und
 170 sozialökologische Erneuerung der Wirtschafts- und Industriestrukturen mit kleineren Kreislaufstrukturen.

171 Auf die humane Ausgestaltung des Fertigungskonzeptes „Industrie 4.0“ soll das Land unter Einbeziehung der
 172 Gewerkschaften hinwirken. Industrie 4.0 darf nicht zu einem Einfallstor für den Abbau von Arbeitsplätzen,
 173 Mitarbeiter*innenüberwachung, Lohndumping, Dequalifizierung und Entgrenzung von Arbeit werden.

174 **Arbeitsplätze erhalten durch Vergesellschaftung**

175 In NRW werden qualifizierte Industriearbeitsplätze vernichtet und Betriebe geschlossen, weil Konzerne die
 176 Produktion an Standorte mit geringeren Kosten verlagern, weil Private Equity Fonds und Schattenbanken
 177 überhöhte Renditen verlangen.

178

179 Wo nur für den Profit von einigen wenigen gearbeitet wird, bleiben die Interessen der Beschäftigten und der
 180 Gesellschaft auf der Strecke. Der Abbau industrieller Arbeitsplätze hat ganze Regionen und Kommunen und
 181 damit viele Menschen in die Armut gedrückt.

182
 183 Wir wollen die verbliebenen industriellen Kerne erhalten und ausbauen. Dies wird zu einer öffentlichen
 184 Aufgabe, wenn die privaten Besitzer nicht willens oder nicht in der Lage, die Produktion fortzuführen. Wir
 185 setzen uns ein für die Vergesellschaftung dieser Betriebe, unter der demokratischen Kontrolle der Beschäftigten,
 186 ihrer Gewerkschaften und der betroffenen Kommunen und des Landes.

187
 188 Die Landesverfassung fasst den Begriff der Vergesellschaftung weiter und sieht das öffentliche Eigentum nicht
 189 nur als Notmaßnahme gegen Betriebsschließungen, sondern als Instrument der Wirtschaftspolitik. Daran will die
 190 LINKE NRW anknüpfen. Wir wollen eine öffentliche und demokratisch organisierte Industrieproduktion, die
 191 den Beschäftigten, Verbraucher*innen und der Umwelt verpflichtet ist anstatt den Aktionären und ihren
 192 kurzfristigen Profitinteressen.

193
 194 Wenn Produkte nicht mehr benötigt werden, nicht verkäuflich oder gar schädlich sind, ermöglicht das öffentliche
 195 Eigentum eine Umstellung der Produktion bei Sicherung der Arbeitsplätze und tariflicher Arbeitsbedingungen.

196
 197 Was tun?

- 198 • Schutzschirm für Arbeitsplätze: Vergesellschaftung von industriellen Betrieben, die von Schließung
 199 bedroht sind
- 200 • Demokratische Kontrolle der vergesellschafteten Betriebe durch die Belegschaft, Gewerkschaften und
 201 die Landes- bzw. kommunale Politik
- 202 • Wenn nötig Umstellung der Produktion bei Erhalt der tariflichen Arbeitsbedingungen
- 203 • Artikel 27 der Landesverfassung umsetzen: „Großbetriebe der Grundstoffindustrie und Unternehmen,
 204 die wegen ihrer monopolartigen Stellung besondere Bedeutung haben, sollen in Gemeineigentum
 205 überführt werden.“
- 206 • Zum Schutz von Arbeitsplätzen setzen wir uns weiterhin für ein Verbot von Massenentlassungen bei
 207 Unternehmen ein, die nicht insolvenzgefährdet sind.

208

209 **Der Schutz von Industriearbeitsplätzen durch eine Industriestiftung NRW**

210 Wenn sich der Erhalt industrieller Produktion für ein Unternehmen nicht kurzfristig rechnet, sind die
 211 industriellen Kerne der Region bedroht, mit oft schwerwiegenden, langfristigen Folgen für die Menschen und
 212 Kommunen. Das Beispiel der Stahlindustrie im Saarland zeigt aber, dass der Erhalt industrieller Produktion über
 213 die kurzfristige betriebswirtschaftliche Logik hinweg sinnvoll ist – sowohl sozial als auch wirtschaftlich.

214 Als Modell einer LINKEN Industriepolitik für NRW soll das saarländische Erfolgsmodell zur Rettung der
 215 industriellen Produktion übernommen und zu einer Industriestiftung NRW weiterentwickelt werden. Wo
 216 Industrieproduktion in NRW bedroht ist, wollen wir eine Weiterführung der industriellen Produktion mit
 217 Landes- und Bundesmitteln prüfen. Ziel ist der Erhalt und Ausbau einer sozial und ökologisch sinnvollen
 218 Industrieproduktion in NRW in öffentlicher Hand.

219 Der Einsatz öffentlicher Gelder für den Erhalt von Industriearbeitsplätzen ist sinnvoll, wenn dieser nicht zur
 220 Absicherung privater Profite sondern dem Erhalt von Produktionsbetrieben dient. Wenn öffentliche Gelder
 221 fließen, muss dies zu öffentlichen Beteiligungen durch die Industriestiftung NRW und zur Schaffung von
 222 kollektivem Belegschaftseigentum führen.

223 Mit dem Industriefonds möchte DIE LINKE eine der wichtigsten Fragen unserer Gesellschaft neu stellen: Wem
 224 gehören die Unternehmen? Wo nur für den Profit für einigen wenigen gearbeitet wird, bleiben die Interessen
 225 der Beschäftigten und der Gesellschaft auf der Strecke. Eine demokratisch organisierte Industrieproduktion, die
 226 den Beschäftigten und der Umwelt verpflichtet ist anstatt der den Aktionären, wäre ein Einstieg in diese
 227 spannende Frage. Wie wollen wir leben, wie wollen wir produzieren, wie kann Demokratie in der Wirtschaft
 228 umgesetzt werden?

229 Wir möchten modellhaft zeigen, dass Alternativen zum Privateigentum erfolgreich sein können:

230 Vergesellschaftung ist möglich und sinnvoll. Wir befinden uns dabei im Einklang mit der Landesverfassung. Dort

231 heißt es in Artikel 27: „Großbetriebe der Grundstoffindustrie und Unternehmen, die wegen ihrer
232 monopolartigen Stellung besondere Bedeutung haben, sollen in Gemeineigentum überführt werden.“

233 An den demokratischen Entscheidungsprozessen des Industriefonds sollen die Landespolitik, betroffene
234 Kommunalparlamente, die Belegschaften, Gewerkschaften, Betroffenenverbände und Bewohner*innen
235 betroffener Stadtteile beteiligt werden. Die Mitbestimmungsrechte von vielfältigen politischen Akteuren
236 können dazu beitragen, die Akzeptanz für eine demokratisch gesteuerte Industriepolitik zu erhöhen. Wir
237 möchten eine demokratische, nicht-privatwirtschaftliche Produktion als politisches Ziel in NRW populär
238 machen.

239 Wir setzen und für die Bildung einer Industristiftung NRW in konkreten Schritten ein.

240 ***Was tun?***

241 *Kapital aufbringen durch NRW-Bank, Sparkassen, bisherige Eigentümer, EU-Mittel, später*

242 *Gewinnausschüttungen der Tochterunternehmen der Stiftung (Beteiligungen)*

243 *Umwandlung von Kapitalzuwächsen in dauerhaftes kollektives Belegschaftseigentum mit entsprechenden*

244 *Mitbestimmungsrechten*

245 *Zeitliche Befristung der Stiftungsbeteiligungen an Unternehmen und Auswertung der Erfahrungen*

246 *Belegschaftsvertreter*innen im Stiftungskuratorium*

247 *Verbindliche Vereinbarungen über Zahl und Qualität der Arbeitsplätze mit den Gewerkschaften*

248 *Weitgehende Demokratisierung durch Einbindung der Belegschaft, von Umwelt- und*

249 *Verbraucherverbänden sowie der Kommunen*

250 Zum Schutz von Arbeitsplätzen setzen wir uns weiterhin für ein Verbot von Massenentlassungen bei
251 Unternehmen ein, die nicht insolvenzgefährdet sind.

252 **Zukunftsfonds für Industrieinnovationen**

253 Ein wichtiges Hindernis für den Aufbau neuer Arbeitsplätze ist die niedrige Investitionsquote in der Industrie,
254 die in NRW im Vergleich mit anderen Bundesländern gering ausfällt. Wir machen uns stark für die Einrichtung
255 eines Zukunftsfonds für Industrieinnovationen.

256 Das ist ein Einstieg in eine demokratisch organisierte Industrieproduktion, die den Beschäftigten und der
257 Umwelt verpflichtet ist, nicht den Aktionär*innen.

258 ***Was tun?***

259 *Überkapazitäten in gesellschaftlich sinnvolle Bereiche übertragen*

260 *Sozial-ökologischen Umbau mit Gründungen und Start-ups voranbringen*

261 *Unterstützung nur bei Unternehmen mit öffentlicher oder kollektiver Belegschaftsbeteiligung*

262 3. Forschung: Mehr Zeit und Geld in sinnvolle Entwicklungen stecken

263 In NRW investieren kleine und mittlere Unternehmen im Vergleich zu anderen Bundesländern deutlich weniger
264 in Forschung und Entwicklung. Wir wollen diese Unternehmen gezielt fördern, damit hier neue Arbeitsplätze
265 entstehen können. Damit soll die Aus- und Weiterbildung von Beschäftigten fest verbunden sein. Wichtig für
266 die Ansiedlung neuer Branchen ist, dass das Land sich besser um Forschung und Entwicklung kümmert und
267 hierfür auch mehr Geld investiert.

268 Wir setzen uns ein für eine öffentliche und unabhängige Forschungs- und Entwicklungspolitik an den
269 Hochschulen in NRW. Dies würde die Drittmittelabhängigkeit der Hochschulen und damit die direkte
270 Auftragsforschung reduzieren. Wir wollen weder Forschung noch Produktion privaten Unternehmen
271 überlassen.

272 ***Was tun?***

273 *Durch öffentliche Förderung erworbene Forschungsergebnisse NRW-Unternehmen zugänglich machen, wenn*
 274 *diese dafür die öffentlichen und kollektiven Belegschaftsbeteiligungen erhöhen.*
 275 *Sozialpolitische und ökologische sinnvolle Forschung und Entwicklung fördern*
 276 *Öffentliche Unternehmen (z.B. Recycling, Logistik, Gesundheit) berücksichtigen*

277 Rüstungsforschung an Hochschulen verbieten

278 **Kriterien für Wirtschaftsförderung**

279 Wir wollen, dass in NRW keine Wirtschaftsförderung mehr als Gefälligkeit an Unternehmen geleistet wird. Auch
 280 die reine Hoffnung, die Förderung könnte sich vielleicht für die Menschen auszahlen, kann uns nach vielen
 281 Enttäuschungen im Land nicht reichen. Wirtschaftsförderung muss dem Allgemeinwohl verpflichtet sein.

282 Wir wollen im Landtag klare Bedingungen beschließen für den Erhalt von Landesmitteln oder
 283 Landesbürgschaften. Die wichtigsten Ziele für uns sind die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen,
 284 Tarifbindung, Mindestlöhne und Mitbestimmung im Betrieb.

285 **Was tun?**

286 *Benachteiligte Gruppen wie ältere Beschäftigte und Erwerbslose berücksichtigen*
 287 *Ausbildung ist Pflicht, Chancen und Perspektiven für die Jugend*
 288 *Städte und Regionen, die besonders von Armut betroffen sind, besonders fördern*
 289 *Ökologisch sinnvolle Wachstumsfelder fördern, z.B. Recycling oder Wärmedämmung*

290 4. Mitbestimmung: Die Wirtschaft demokratisieren

291 Es ist gefährlich für die Gesellschaft, wenn die wirtschaftliche Macht von Konzernen so groß wird, dass sie
 292 unkontrollierbar wird. Heute haben wir es zu tun mit Lobbyisten, die Gesetzesvorlagen schreiben, große
 293 Konzernspenden an Parteien und Geheimverhandlungen für Handelsabkommen, die von Konzernen gelesen
 294 werden dürfen aber nicht von gewählten Abgeordneten. Wo wirtschaftliche Macht zu groß wird, erdrückt sie
 295 die Demokratie und setzt die Interessen der Reichsten umso rücksichtsloser gegen die Interessen der Mehrheit
 296 durch.

297 Wir finden, auch die Wirtschaftspolitik braucht dringend mehr Demokratie. Wir wollen das
 298 Mitbestimmungsgesetz für Kapitalunternehmen verbessern, indem die Rechte der Beschäftigten erweitert
 299 werden.

300 **Was tun?**

301 *Einführung eines sanktionsbewehrten Lobbyisten-Registers für NRW*

302

303 *Bundesratsinitiative: Veränderung der Mehrheitsverhältnisse in Aufsichtsräten zugunsten der Beschäftigten*

304 *Bundesratsinitiative: Verschärfungen des Kartell- und des Unternehmensstrafrechts*

305

306 5. Infrastruktur: Den öffentlichen Ausverkauf aufhalten

307 Alle öffentlichen Dienstleistungen, mit denen sich Profite erwirtschaften lassen könnten, sind von
 308 Privatisierung bedroht unter dem Motto: „Private sind besser, billiger und bürgernäher“. Die Erfahrungen
 309 haben aber schmerzlich gezeigt, dass dies reine Propaganda ist und in Wirklichkeit das Gegenteil erreicht wird.
 310 Denken wir nur an den öffentlichen Verkehr. *Privatisierungen führen zu Personalabbau, Ausdünnung des*
 311 *Angebots und meist auch zu höheren Preisen..*

312 Das Land NRW hat die Investitionen in die öffentliche Daseinsvorsorge immer weiter heruntergefahren.
 313 Dadurch ist ein riesiger Investitionsstau entstanden. In Krankenhäusern wird nach wie vor in Baustrukturen des
 314 vorletzten Jahrhunderts gearbeitet. In Schulen bröckelt der Putz von der Decke. Brücken und Straßen sind
 315 teilweise nicht mehr nutzbar. Das kostet uns am Ende viel mehr, als die regelmäßige Instandhaltung und
 316 Sanierung. Die LINKE. NRW lehnt die weitere Privatisierung öffentlicher Infrastruktur strikt ab. Bei der

317 Übertragung der unter der Verwaltung des Landes NRW stehenden Fernstraßen in eine bundeseigene
 318 Infrastrukturgesellschaft muss sichergestellt werden, dass bei Bau und Unterhalt der entsprechenden Straßen
 319 private Investoren ausgeschlossen werden. Projekte sog. öffentlich-privater Partnerschaften (ÖPP) erweisen
 320 sich als grundsätzlich teurer als öffentlich finanzierte. Der Bundesrechnungshof weist immer wieder auf diesen
 321 Sachverhalt hin.

322 **Öffentliches Eigentum ist eine Frage der Demokratie**

323 Gegen Privatisierungen und für Rekommunalisierung haben sich in NRW vor Ort und auf Landesebene viele
 324 Menschen zusammen getan. Beschäftigte und Gewerkschaften, Sozialverbände, Verbraucherschützerinnen und
 325 Verbraucherschützer sind seit Jahren gegen den Ausverkauf der Daseinsvorsorge im Einsatz.

326 Wir sind auch vor Ort mit den Bürger*innen aktiv. In vielen Städten haben wir in den letzten Jahren
 327 Bürgerbegehren unterstützt. Die demokratische Kontrolle über die Bereiche der Daseinsvorsorge muss endlich
 328 ausgebaut werden. Die Hürden für Bürgerentscheide sind in NRW und den Kommunen leider sehr hoch. Wir
 329 setzen uns für mehr direkte Demokratie ein, für verbindliche Volksentscheide und niedrigere Hürden für
 330 Bürgerbegehren (siehe Kapitel VII, 5. Mehr Demokratie).

331 **Verkäufe stoppen und rückgängig machen**

332 Neben dem direkten Verkauf von öffentlichem Eigentum gibt es Öffentlich-Private-Partnerschaftsmodelle, die
 333 PPP (Public-Private-Partnership). Auch hier werden öffentliche Aufgaben Privatinvestoren überlassen, mit dem
 334 „Kompetenzzentrum Infrastruktur“ und dessen „PPP-Task-Force“ sollen Privatisierungen im Land
 335 vorangetrieben werden

336 Weil diese Politik genau in die falsche Richtung geht, wollen wir sie schnell beenden.

337 **Was tun?**

338 *Keine Privatisierungen mehr, Schließung der „PPP-Task-Force“ des Landes*
 339 *Unterstützung der Kommunen bei der Rückabwicklung von Privatisierungen vor allem auch bei der Wohnungs-,*
 340 *Energie-, Wasser- und Abfallwirtschaft*

341 **Sparkassen sollen für alle da sein**

342 DIE LINKE steht für den Erhalt der öffentlich-rechtlichen Sparkassen, ihrer kommunalen Einbindung und der
 343 Stärkung ihrer Gemeinwohlorientierung. Die Niedrigzinsphase, der Anstieg des älteren Bevölkerungsanteils und
 344 die Digitalisierung stellen die Sparkassen vor besondere Herausforderungen, gegen deren Risiken
 345 landespolitisch abgesichert werden muss. An dem bewährten System regionaler Verankerung und
 346 gesellschaftspolitischer Verantwortung wollen wir festhalten. Wir setzen uns dafür ein, dass die Sparkassen in
 347 der Fläche erhalten bleiben und allen Menschen zur Verfügung stehen.

348 **Was tun?**

349 *Gebührenfreie Kontoführung zur Entlastung von Menschen mit geringem Einkommen*
 350 *Senkung der Zinsen für Dispokredite*
 351 *Basiskonto für Geflüchtete und Wohnungslose*
 352 *Erhalt der Filialen und Geldautomaten in der Fläche*
 353 *Begrenzung der Bezüge von Vorstandsmitgliedern*
 354 *Transparenz über Spenden und Sponsoring*

355 **6. Kommunen: Mehr Geld für die maroden Städte bereitstellen**

356 Kindergärten, Krankenhäuser, Schulen, Stadtbibliotheken, Theater, Grünflächen, Öffentlicher Nahverkehr oder
 357 Straßen, das alles und noch viel mehr wird über die kommunale Selbstverwaltung in den Kommunen gestaltet –
 358 oder eben nicht gestaltet. Vor allem weil die Kommunen seit Jahren systematisch unterfinanziert sind.

359 Die Kommunen in NRW haben Ende 2015 einen Schuldenberg von 62 Milliarden – davon 26,4 Milliarden
 360 Kassenkredite – aufgehäuft. In vielen Kommunen in NRW geht gar nichts mehr: Kommunale Infrastruktur wird
 361 vernachlässigt oder gar bewusst aufgegeben, weil das Geld fehlt.

362 Auch die Sozialpolitik folgt, unter den gegenwärtigen Herrschaftsverhältnissen, der Kassenlage: Während auf
 363 der einen Seite notwendige Angebote, Projekte und Einrichtungen wie Jugendzentren, öffentliche
 364 Schwimmbäder, Bibliotheken etc. dicht gemacht, Schulen nicht mehr saniert oder Spielplätze wegen
 365 Sanierungsbedarf abgesperrt werden, steigen auf der anderen Seite Abgaben und Gebühren wie z.B. die
 366 Grundsteuer, Kitagebühren, Müllabfuhr, Straßenreinigung aber auch Eintrittsgelder für Museen,
 367 Schwimmbäder oder Kultureinrichtungen.

368 Darunter leiden ganz besonders die Armen und auch normalverdienende Menschen. Denn nicht jeder hat den
 369 Luxus, sich eine private Bibliothek oder einen Swimmingpool zu leisten, nicht jede Familie kann wegfallende
 370 Angebote der Jugendzentren aus eigener Tasche bezahlen.

371 Deshalb sagen wir: Nur Reiche können sich arme Städte leisten. Wir streiten für lebenswerte Städte mit einem
 372 vielfältigen sozialen und kulturellen Angebot, in denen alle Menschen am gesellschaftlichen Leben teilnehmen
 373 können.

374 Die kommunale Finanznot hat vielfältige Ursachen, doch der deutlich überwiegende Teil der kommunalen
 375 Schulden geht auf Entscheidungen im Bund und im Land zurück. Dabei haben die Kommunen bei der
 376 Gesetzgebung des Bundes keinerlei Beratungs- oder Einspruchsrechte. Die Kommunen erhalten zu wenig
 377 Mittel, dafür aber immer mehr Aufgaben. Beim schleppenden Kita-Ausbau und den Verschlechterungen für die
 378 Kommunen, die Kinder und die Beschäftigten durch das Landesgesetz KiBiz ist diese Problematik deutlich
 379 spürbar.

380 Der Anteil der Kommunen am Steueraufkommen des Landes wurde von früher 28% nach und nach auf nur
 381 noch 23% reduziert. Das bedeutet für die Kommunen allein im Jahr 2017 einen Verlust in Höhe von ca. 2,5
 382 Milliarden Euro.

383 Für uns ist eine zentrale Aufgabe, im Landtag von NRW mit dafür zu sorgen, dass die Kreise, Städte und
 384 Gemeinden für ihre Aufgaben genügend Mittel erhalten. Hierzu ist eine deutliche Neuordnung der kommunalen
 385 Finanzierung dringend erforderlich, z.B. durch eine deutliche Umverteilung von Steuermitteln zwischen dem
 386 Bund, den Ländern und den Kommunen. Ein zentraler Punkt der Unterfinanzierung der Städte und Gemeinden
 387 ist, dass diese für Leistungen wie ALG II, besser bekannt als Hartz IV, Grundsicherung (besonders auch
 388 Grundsicherung aufgrund von Altersarmut), Sozialhilfe und die sogenannten Aufstocker-Leistungen für gering
 389 Verdienende aufkommen müssen. Darunter leiden alle Kommunen, jedoch besonders diejenigen mit einem
 390 hohen Armutsanteil unter den Bewohnerinnen und Bewohnern, die hierdurch auch in besonderem Maße
 391 benachteiligt werden.

392 Grundsätzlich kämpft DIE LINKE für eine Abschaffung von Hartz IV und Co. zugunsten menschenwürdiger
 393 Sozialleistungen. DIE LINKE will bis dahin, dass die Kosten für diese Leistungen nicht mehr von jeder
 394 Kommune einzeln aufgebracht werden müssen. Das Land und der Bund sollen innerhalb der nächsten
 395 Legislaturperiode diese Kosten zur Entlastung der Städte und Gemeinden übernehmen, kurzfristig ist für einen
 396 finanziellen und Interessenausgleich zwischen Städten und Gemeinden mit hohen, mittleren und niedrigen
 397 Kosten in diesem Bereich zu sorgen.

398 **Was tun?**

399 *Den kommunalen Steueranteil von 23% wieder auf 28% erhöhen*

400 *Einsatz für Mitwirkungsrecht für die Kommunen bei sie betreffende Entscheidungen des Bundes*

401 *Mehr kommunale Ausgaben als Pflichtaufgaben anerkennen*

402 *Einhaltung des Konnexitätsprinzips (d.h.. Bund und Land sollen für zusätzliche Aufgaben entsprechend zahlen)*

403 *Mittelfristige Übernahme der Kosten für Sozialleistungen durch das Land und den Bund*

404 **Die Kommunen entschulden und handlungsfähig machen**

405 Der sogenannte „Stärkungspakt Stadtfinanzen“ ist ein vergiftetes Geschenk für die betroffenen Kommunen.
 406 Anstatt die Einnahmen der Kommunen dauerhaft zu erhöhen, werden die beteiligten Kommunen zu
 407 drastischen Kürzungsmaßnahmen gezwungen.

408 Die verbindlichen Kürzungsaufgaben führen zu Zwangsbewirtschaftung und bedeuten für die betroffenen
 409 Kommunen die Abschaffung der Selbstverwaltung. Dadurch sind zentrale kulturelle und soziale
 410 Dienstleistungen vor Ort vom Rotstift bedroht. Dabei wären Zukunftsinvestitionen in den Kommunen bitter
 411 nötig, um die Lebensbedingungen vor Ort zu verbessern und öffentliche Nachfrage zu schaffen. Wir wollen
 412 einen echten finanziellen Rettungsschirm für die Kommunen. Dazu gehört auch eine Bundesratsinitiative zur
 413 Weiterentwicklung der Gewerbesteuer in eine Gemeindefinanzsteuer, in der wirklich alle
 414 unternehmerisch Tätigen – Kapitalgesellschaften, Selbstständige wie Ärzte und Anwälte aber auch freie Berufe
 415 bei hinreichenden Freibeträgen für prekär Selbstständige – einzahlen.

416 **Was tun?**

417 *Sogenannten Stärkungspakt zurücknehmen*
 418 *Entschuldungsfonds für die Übernahme der Altschulden der Kommunen*
 419 *Bundesratsinitiative: Gerechte Gemeindefinanzsteuer statt Gewerbesteuer*

420 **Städte und Regionen für alle**

421 Die Regionen Nordrhein-Westfalens sehen sich vielfältigen und unterschiedlichen Problemen gegenüber:
 422 Während die meisten Städte des Ruhrgebietes in der Vergangenheit über viele Jahre hinweg
 423 Einwohner*innen-Verluste zu verzeichnen hatten, wächst die Bevölkerung in anderen Städten, beispielsweise
 424 im südlichen Rheinland. Die soziale Lage ländlicher Regionen unterscheidet sich von derjenigen in den
 425 Großstädten. Es kann also keine einheitlichen Entwicklungsstrategien für alle nordrhein-westfälischen Städte,
 426 Gemeinden, Kreise und Regionen geben.

427 Wir brauchen regional angepasste Förderprogramme und Strategien. Wir wollen gleichwertige
 428 Lebensbedingungen in allen Regionen und eine nachhaltige Raumentwicklung. Regionale Kooperationen wollen
 429 wir stärken, denn in vielen Fällen lassen sich die kommunalen Aufgaben nicht in den Grenzen einer Stadt oder
 430 eines Kreises, Regionalrates oder Landschaftsverbandes bewältigen. Strukturen von Politik und Verwaltung gilt
 431 es entsprechend anzupassen.

432 .

433 Am Verkehrsverbund Rhein-Ruhr kann man sehen, dass hier großer Handlungsbedarf ist. Weder die Fahrpläne
 434 noch die Spurbreiten der Straßenbahnen passen hier zusammen. *Im ländlichen Raum dagegen – oft nur wenige*
 435 *Kilometer außerhalb der Großstädte – gibt es fast überhaupt keine öffentlichen Verkehrsangebote mehr.*

436

437 Es ist im Sinne der Menschen in NRW an der Zeit, kommunale Standortkonkurrenzen zu überwinden und
 438 zusammen zu arbeiten. Nur so kann NRW sozialer und umweltfreundlicher werden.

439 **Was tun?**

440 *Bessere Bedingungen für die Zusammenarbeit zwischen Stadt, Umland und Regionen*
 441 *Stärkung von Landschafts- und Regionalverbänden und Direktwahl der Mitglieder der Verbandsversammlung,*
 442 *wie im Regionalverband Ruhr (RVR) ab 2020 vorgesehen*
 443 *Überprüfung der Strukturen und Demokratisierung der mittleren Verwaltungsebene (Bezirksregierungen)*
 444 *Starke sozial vernünftige Landesplanung statt kommunaler Konkurrenz*

445 Strukturschwache Regionen werden besonders gefördert

446 Beteiligung des RVR an dem Gemeindefinanzausgleich

447 **DIE LINKE NRW steht für solidarische Städte in Nordrhein-Westfalen**

448 Die soziale Spaltung zieht sich unübersehbar auch durch die Stadtgesellschaft. Menschen mit geringem
 449 Einkommen, Erwerbslose und Eingewanderte leben in bestimmten Stadtteilen, die zunehmend von Armut und
 450 Zerfall der Infrastruktur geprägt sind. Sie können ein Leben in anderen Vierteln nicht bezahlen.

451 Demgegenüber zieht es diejenigen mit besseren Einkommen zunehmend in die Gegenden, wo die Mieten für
 452 die ärmere Bevölkerung unbezahlbar sind. Es findet immer weniger soziale Durchmischung statt. Die
 453 Unterschiede etwa zwischen den Grundschulen der verschiedenen Stadtteile sind unübersehbar. Zugleich
 454 fallen in den ohnehin schon benachteiligten Stadtteilen immer mehr öffentliche Angebote – wie
 455 Jugendzentren, Stadtteilbibliotheken und Schwimmbäder – dem Rotstift zum Opfer.

456 **Was tun?**

457 *Vom Land geförderte Stadtplanung und sozialer Wohnungsbau für sozial vielfältige Stadtteile*
 458 *Langfristige und nachhaltige Förderung benachteiligter Stadtteile durch Land, Bund und EU*

459 *Damit sich auch ärmere Städte Stadtentwicklung und sozial ausgerichtete Projekte leisten können, dürfen die*
 460 *kommunalen Eigenanteile zu EU- und anderen Fördermitteln nicht auf Vorgaben zur Haushaltskonsolidierung*
 461 *angerechnet werden.*

462

463 **Soziale und nachhaltige Politik braucht öffentlichen Grund und Boden**

464 Das Privateigentum an Grund und Boden ist eines der zentralen Hindernisse für eine soziale, ökologische und
 465 demokratische Entwicklung in Stadt und Land. Den Mechanismen des privaten Bodenmarktes können die
 466 Kommunen nur in begrenztem Umfang entgegenwirken. Es fehlen ihnen häufig die finanziellen und rechtlichen
 467 Mittel.

468 Wir brauchen endlich eine tatsächlich „dem Wohl der Allgemeinheit dienende sozialgerechte Bodenordnung“,
 469 wie es das Baugesetzbuch fordert. Eine plangerechte Nutzung von Baugrundstücken soll gefördert und der
 470 sparsame Umgang mit dem Boden erleichtert werden. So würde die Zersiedlung der Landschaft gebremst.
 471 Wichtig ist, dass Bund und Land den Gemeinden wird bei der Finanzierung helfen. Dazu benötigen wir eine
 472 engagierte Initiative aus NRW auf der Bundesebene.

473 **Was tun?**

474 *Reform der Bodenbesteuerung: Spekulationen verhindern*

475 *Preisbegrenztes Vorkaufsrecht der Kommunen bei Neuerschließungen*

476 *Stärkere Bau- und Nutzungsgebote auch aus sozialen Gründen*

477 *Wohnungsbaueignete Grundstücke in öffentlichem Eigentum dürfen nicht veräußert werden, sondern sind für*
 478 *kommunalen Wohnungsbau zu nutzen*

479

480 Die Handlungsspielräume der Kommunen gegenüber Vermieter*innen sogenannter „Schrottimmobilien“
 481 deutlich ausbauen: bis hin zur erleichterten Enteignung

482 **Den Bedürfnissen der Menschen bei Bestattungen gerecht werden**

483 Die zunehmende Zahl an Sozial- und Ordnungsamtsbestattungen ist alarmierend. Es muss sichergestellt
 484 werden, dass jeder Mensch einen würdigen Abschied erhält.

485 Friedhöfe sind auch Orte des Andenkens und der Ruhe. Um sie dementsprechend zu gestalten, brauchen wir
 486 eine gute Friedhofspflege. Der Naturraum Friedhof besitzt zudem gerade in Großstädten oft einen
 487 unverzichtbaren Wert für die klimatischen Verhältnisse. Dies muss nachhaltig sichergestellt werden.

488

489 **Was tun?**

490 *Jedem Menschen eine persönliche Grabstätte ermöglichen*

491 *Flächendeckend alternative Bestattungsformen wie Friedwälder möglich machen und den Friedhofszwang bei*
 492 *Urnen abschaffen*

493

494

495 **Bundesstadt Bonn**

496 Mit der Verlegung des Regierungssitzes von Bonn nach Berlin sind tausende von qualitativ hochwertigen
 497 Arbeitsplätzen, aus der Region Bonn nach Berlin, verlagert worden. Die dafür erfolgten Ausgleichsleistungen
 498 waren gut angelegt, sie trugen dazu bei, einen Abstieg der Region zu verhindern. Nun ist seit Jahren zu
 499 beobachten, dass auch die verbliebenen 50% der Arbeitsplätze Stück für Stück nach Berlin abwandern. Das
 500 Land NRW muss daher an der Seite der Betroffenen stehen und Garant dafür sein, dass der im Gang befindliche
 501 Umzug sozialverträglich, sowohl für die direkt Betroffenen, als auch für die Region erfolgt. Dafür sind weitere
 502 Ausgleichszahlungen erforderlich.

503

504

505 **7. Wohnen: Öffentlich bauen und Mieten bezahlbar machen**

506

507 Während einige Groß- und Mittelstädte wachsen, gilt für viele Regionen: Wir werden weniger, älter und
 508 ethnisch bunter. Der Nordrhein-Westfälische Wohnungsmarkt ist sehr divers, wir brauchen für alle lokalen
 509 Märkte eine entschlossene solidarische Wohnungspolitik.

510 Die größte Gefahr für Bewohner*innen, für Mieter*innen in benachteiligten Lagen ebenso wie für kleine
 511 Hauseigentümer*innen ist ein "Stadumbau Wild-West", der aufgrund mangelhafter Wohnungspolitik hier zu
 512 Wohnungsknappheit und steigenden Mieten, dort zu einer planlosen Entleerung bestimmter Stadtgebiete und
 513 überall zu Abrissen erhaltenswerter Gebäudesubstanz führt, die für ihre Bewohner*innen und das städtische
 514 Gefüge wichtig ist.

515 Nicht nur in den Wachstumsmärkten brauchen Mieter*innen bezahlbare Wohnungen als Korrektiv zu aktuellen
 516 Mietsteigerungen. Mieter*innen müssen vor Luxusmodernisierungen und unverhältnismäßig teuren
 517 energetischen Modernisierungen geschützt werden. Hier setzen wir uns für Neubau, Einführung einer neuen
 518 Wohnungsgemeinnützigkeit und das konsequente Nutzen von Verordnungsmöglichkeiten ein.

519 Gleichzeitig muss Vermietern ein Riegel vorgeschoben werden, die ihre Häuser völlig herunterkommen lassen
 520 und u. A. EU-Zuwanderer*innen ausnutzen. Die Wohnungsaufsicht muss weiter ausgebaut und Pflichtaufgabe
 521 für Kommunen werden.

522 In beiden Fällen gilt, dass die Mieterbeteiligung ausgebaut werden muss; Mieter müssen kollektive
 523 Mieterschutzrechte erhalten. Bewohner*innen müssen in Planungs- und Modernisierungsmaßnahmen, die ihr
 524 Quartier/Siedlung betreffen, beteiligt werden.

525

526

527 **Was tun?**

528 Bezahlbaren Wohnraum schaffen -> Einführung einer neuen Wohnungsgemeinnützigkeit

529 Stärkung der kommunalen Wohnungsaufsicht

530 Stadumbaukonzepte fördern, die die Menschen beteiligen und die Gesamtbeteiligung berücksichtigen

531 Gemeinnützigkeit für Wohnungsgesellschaften und -genossenschaften wieder einführen

532

533 **Keine privaten Profite mit der Miete**

534 Mit der Privatisierung von tausenden Wohnungen der Landesentwicklungsgesellschaft LEG bis 2010 hat die
535 Landesregierung einen grundlegenden Lebensbereich zum Spekulationsobjekt gemacht.

536 Viele Mieter*innen müssen immer mehr für ihre Wohnung zahlen. In Städten wie Köln, Düsseldorf, Bonn oder
537 Münster sind die Mieten in wenigen Jahren um satte 30% gestiegen. Aber auch in ehemals *entspannten*
538 *Wohnungsmärkten wie dem Ruhrgebiet steigen die Mieten in den letzten Jahren wieder an.* Die
539 „Mietpreisbremse“ allein wird hieran nichts ändern – erst recht nicht in ihrer bisherigen unzureichenden Form.
540 Eine echte Mietpreisbremse bei Neuvermietungen müsste bundesweit und flächendeckend eingeführt werden
541 und die Vermieter verpflichten, beim Abschluss des Mietvertrags nachprüfbar die Miete des Vormieters zu
542 nennen, mögliche Modernisierungskosten detailliert anzugeben und zu viel verlangte Miete zurückzuzahlen.
543 Überdies müssten Mieten, die mehr als 20 Prozent über der Vergleichsmiete liegen, grundsätzlich als
544 Ordnungswidrigkeit geahndet und mit einem Bußgeld belegt werden. Schließlich sind die Ausnahmetatbestände
545 der Mietpreisbremse bei Neubauten und Erstvermietung nach umfassender Modernisierung kritisch zu
546 hinterfragen.

547

548 Die Mietpreisexplosion hat mehrere Ursachen:

549 Die Bestandsmieten steigen, vor allem durch „Aufwertung“ mittels Modernisierung. Große Bestände von
550 Wohnungen im Besitz der öffentlichen Hand wurden privatisiert und an Finanzinvestoren verkauft. Es werden
551 zu wenige öffentlich geförderte Wohnungen gebaut, die Zahl der Wohnungen mit Sozialbindung sinkt.

552 Für Mieter*innen ist Wohnen eine Notwendigkeit, für die Eigentümer und Banken eine Ware.

553 **Krise des sozialen Wohnungsbaus**

554 Jedes Jahr fallen mehr Wohnungen aus der Sozialbindung, als neue dazu kommen. Von ehemals 844.000
555 Sozialwohnungen in NRW im Jahr 2002 waren Ende 2014 nur noch 489.000 sozial gebunden.

556

557 Weder freifinanzierter Wohnungsbau noch das Angebot einer öffentlichen Förderung privater Bauträger im
558 Gegenzug für Mietpreis- und Belegungsbindung ist allein in der Lage, ausreichend bezahlbare Wohnungen zur
559 Verfügung zu stellen. Denn private finanzstarke Investoren können vor allem in Niedrigzinsphasen mit
560 hochpreisigen Wohnungen oder Büros höhere Profite als mit sozialem Wohnungsbau erzielen.

561 Öffentliche Förderung ist jedoch sinnvoll, wenn sie von kommunalen oder landeseigenen
562 Wohnungsbaugesellschaften, Genossenschaften und kleinen privaten Bauherrn mit sozialer Orientierung in
563 Anspruch genommen wird. Denn selbst in Niedrigzinsphasen wirken Teildarlehen zu Nullzinsen,
564 Tilgungsnachlässe sowie Mietbindungen mietpreisdämpfend bei sozial orientierten Unternehmen. Überdies
565 verhilft die Belegungsbindung bedürftigeren Wohnungssuchenden zu einem privilegierten Zugang zu günstigem
566 Wohnraum.

567 Mit ihrer Vernachlässigung der Förderung von kommunalen oder landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften,
568 Genossenschaften und kleinen privaten Bauherrn mit sozialer Orientierung ist die Landesregierung beim Bau
569 von Sozialwohnungen deutlich unter den Möglichkeiten geblieben. Bereitgestellte Fördermittel wurden nicht
570 einmal vollständig abgerufen. Eine Übertragung in das neue Haushaltsjahr ist nicht möglich.

571 Unter den bestehenden Bedingungen auf den Kapital- und Wohnungsmärkten ist es für renditeorientierte
572 Investoren unattraktiv, Fördermittel in Anspruch zu nehmen, die mit sozialen Bindungen und
573 Verwertungsbeschränkungen verbunden sind. In diese Bresche könnten öffentliche oder sozial orientierte
574 Wohnungsanbieter springen, die nicht von Renditezielen, sondern von dem politischen Interesse an der
575 Versorgung der Menschen mit bezahlbarem und gutem Wohnraum getrieben sind. Wir fordern daher die
576 Neugründung eines neuen landeseigenen Wohnungsunternehmens.

577 .

578 Die Anhebung der Mietobergrenzen im sozialen Wohnungsbau auf 6,25 € bzw. 7,15 € pro Quadratmeter
 579 Nettokaltmiete hat außer höheren Mieten nichts bewirkt. Die Investoren können mit hochpreisigen
 580 Wohnungen oder Büros weit höhere Profite erzielen.

581 Die Landesregierung hat beim Bau von Sozialwohnungen völlig versagt. Bereitgestellte Fördermittel in Höhe
 582 von 1,1 Milliarde Euro reichen gemessen an dem Bedarf nicht aus.

583
 584

585

586 **Jetzt handeln – Wohnungsoffensive für Nordrhein-Westfalen**

587 DIE LINKE will die Versorgung mit Wohnraum nicht dem Markt überlassen. Wohnen ist eine öffentliche
 588 Aufgabe. Es ist die Pflicht des Landes und der Kommunen, menschenwürdige und bezahlbare Wohnungen
 589 sicherzustellen. Wir setzen uns daher für Wohnungsoffensive, die sowohl den Neubau als auch den Bestand im
 590 Auge hat. Kommunen und Land sollten jährlich 100.000 eigene Wohnungen mit unbefristeter Sozialbindung
 591 bauen. Diese Wohnungen müssen barrierefrei und altersgerecht sein. Um diese Wohnungsoffensive zu stemmen,
 592 brauchen wir eine neue landeseigene Wohnungsgesellschaft, die einem sozialen und gemeinnützigen
 593 Wohnungsbau verpflichtet ist. Die Kommunen brauchen eine ausreichende finanzielle Ausstattung, um vor Ort
 594 ein Angebot an eigenem bezahlbarem Wohnraum ausbauen zu können. Genossenschaften und ähnliche
 595 Initiativen, die sich günstigem Wohnen statt Profiten verschrieben haben, müssen vom Land stärker gefördert
 596 werden. Wir setzen uns auch für eine Einführung einer neuen Wohnungsgemeinnützigkeit ein.

597

598 Wir wenden uns gegen jede Privatisierung von Wohnungen, bereits privatisierte Bestände sollen wenn möglich
 599 wieder in öffentliches Eigentum überführt werden. Die „Aufwertung“ und Luxussanierung ganzer Stadtteile
 600 muss gestoppt werden. Kommunen müssen befähigt werden, leerstehende Wohnungen, Büros oder
 601 Gewerbeimmobilien in günstigen Wohnraum umzuwandeln. *Die schwarz-gelbe Landesregierung hat 2007 das*
 602 *nordrhein-westfälische Wohnungsbauvermögen in Höhe von 18,7 Mrd. Euro in die NRW-Bank verschoben.*
 603 *Dieses Vermögen muss komplett für die Förderung von bezahlbarem Wohnraum in NRW aktiviert werden.*

604 Die Kommunen müssen mit eigenen Wohnungsbaugesellschaften jährlich 100.000 eigene Wohnungen mit
 605 unbefristeter Sozialbindung und garantierten Mieten bauen. Diese Wohnungen müssen barrierefrei und
 606 altersgerecht sein.

607 Der soziale Wohnungsbau war in den letzten Jahrzehnten fast immer Massenwohnungsbau im Rahmen von
 608 Großsiedlungen. Wir wollen einen anderen Weg gehen und architektonisch ansprechende Wohnungen
 609 für verschiedene Lebensentwürfe schaffen: Für Singles, für Familien jeglicher Art, für
 610 Wohngemeinschaften, für Ältere und Jüngere, in kleinen und großen Häusern, innerhalb und außerhalb
 611 der Innenstädte.

612 Unabhängig von den möglichen Mieten im sozialen Wohnungsbau sollte sich ein landeseigenes
 613 Wohnungsunternehmen an der tatsächlichen Kostenmiete orientieren. Ein Gewinn für das Land soll hier
 614 ausgeschlossen sein. Das Land NRW könnte so gute Wohnungen für 6 € Nettokaltmiete zur Verfügung
 615 stellen. Dafür müsste es zu Beginn umfassende Investitionen vornehmen, aber langfristig würde sich der
 616 öffentliche Wohnungsbau selbst tragen.

617 Die Kommunen brauchen eine ausreichende finanzielle Ausstattung, um vor Ort ein Angebot an eigenem
 618 bezahlbarem Wohnraum ausbauen zu können. Genossenschaften und ähnliche Initiativen, die sich
 619 günstigem Wohnen vor Profiten verschrieben haben, müssen vom Land gefördert werden.

620 **Was tun?**

- 621 • Förderung des Baus von 100.000 günstigen Wohnungen jährlich durch Land und Kommunen
- 622 • Förderung des Erhalts und des Ausbaus der kommunalen Wohnungsbestände durch das Land

- 623 • *Einfachere Förderbestimmungen, damit Mittel nicht verfallen*
- 624 • *Finanzausstattung der Kommunen dem Wohnungsbaubedarf anpassen*
- 625 • *Einsatz für ein Bundes-Sofortprogramm von 5 Milliarden für Wohnen in NRW*
- 626 • *Unterstützung der Initiative der Bundestagsfraktion für eine neue*
- 627 *Wohnungsgemeinnützigkeit*

628 **Kein Ausverkauf des öffentlichen Grund und Bodens**

629 In wachsenden Städten wie Köln, Düsseldorf oder Münster fehlen Flächen zum Wohnungsbau. Allerdings
630 wären genug Flächen vorhanden, wenn es nicht einen übermächtigen Konkurrenten des Baus günstiger
631 Wohnungen gäbe. Dabei handelt es sich weder um die Industrie noch um den Umweltschutz. Der größte
632 Konkurrent der günstigen Wohnung ist der frei finanzierte Bau teurer Wohnungen.

633 Die gesamte Debatte der etablierten Akteure läuft darauf hinaus, mehr Flächen für Investoren bereit zu stellen.
634 Das Problem fehlenden Wohnungen wird argumentativ verdreht, um den verstärkten Zugriff von Investoren auf
635 Grundstücke zu legitimieren. Mit dem Ruf „Wir brauchen mehr Wohnungen“ wurden die Städte
636 „entwickelt“, freie Flächen an private Immobilien-Investoren verkauft und zubetoniert. Private
637 Immobilienbesitzer eignen sich ein Sahnestück nach dem nächsten an. Neue „Quartiere“ und
638 Luxusprojekte wirken als Preistreiber in ganzen Städten. Die fetten Mieten breiten sich aus wie ein
639 Schnupfen in der Kindertagesstätte.

640 Wer bezahlbaren Wohnraum für die Menschen mit unteren und mittleren Einkommen schaffen möchte,
641 darf keine weiteren Landnahme-Projekte zur „Attraktivierung“ zulassen. In Städten, in denen Grundstücke
642 Mangelware sind, ist es zentral, dass die Stadt sämtliche Flächen, derer sie habhaft werden kann, behält
643 bzw. erwirbt.

644 ***Was tun?***

- 645 • *Die für den Wohnungsbau brauchbaren Grundstücke des Landes oder der Kommunen dürfen*
- 646 *grundsätzlich nicht an private Investoren verkauft werden*
- 647 • *Das gesellschaftliche Eigentum an Grund und Boden erhalten und ausweiten*
- 648 • *Einführung einer neuen Wohnungsgemeinnützigkeit*

649 **Gentrifizierung stoppen – Milieus schützen**

650 Das Mietrecht setzt der normalen Mieterhöhung im laufenden Mietverhältnis enge Grenzen. So darf die
651 Miete nur auf die ortsübliche Vergleichsmiete erhöht werden. Altmietern mit niedrigen Mieten sind daher
652 für Vermieter*innen ein Hindernis, den Profit zu steigern. Gerade in Quartieren mit steigenden
653 Neuvermietungsmieten besteht daher bei vielen Vermietern ein Interesse an einer Erhöhung der Miete
654 bzw. dem Austausch der Altmietern durch zahlungskräftigere neue Mieter.

655 Eine Möglichkeit sind Modernisierungsmaßnahmen, die zu drastischen Mieterhöhungen führen können.
656 Auch hier bietet das Mietrecht Restriktionen, es sind jedoch größere Mieterhöhungen möglich.

657 Der erste Gewinn nach solchen Operationen ist die höhere Miete. Aber es geht um mehr. Durch die
658 Verteuerung von zuvor günstigem Wohnraum wird der Austausch der Mieter*innen bewirkt. Das ist kein
659 bedauerlicher Nebeneffekt, sondern Zweck der Aufwertung.

660 Nahezu jeder Stadtteil, der eine Gentrifizierung erlebt, einen Austausch der Mieter*innen zugunsten finanziell
661 besser gestellter Schichten, ist zuvor vernachlässigt worden. Die Eigentümer haben nur wenig investiert, zum
662 Teil über Jahrzehnte. Diese systematische „Desinvestition“ lohnt sich für die Vermieter, denn sie haben nur
663 geringe Kosten und kassieren trotzdem Miete. Sie lohnt sich außerdem, weil so der Boden für die Aufwertung
664 bereitet wird: Durch „energetische Sanierung“, Neubau oder Aufwertung durch neue Badezimmer, zusätzliche
665 Balkone usw. werden die Mieten erhöht. Viele der Bestandsmieter*innen können sich das nicht mehr leisten
666 und werden an den Stadtrand verdrängt.

667 **Was tun?**

- 668 *Landeskonzept, um Verdrängung (Gentrifizierung) zu stoppen*
669 *Umfassende Anwendung von Milieuschutzsätzen in den Stadtteilen*
670 *Stopp der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen*
671 *Verbot des Abrisses renovierungsfähiger Häuser*
672 *Verbot der Umwandlungen von Wohnungen in Pensionen oder Hostels*
673 *Keine Zwangsumzüge für Hartz-IV-Betroffene*

674 **Privatisierung stoppen – Wohnungen in öffentliches Eigentum**

- 675 Investoren wie Vonovia, Deutsche Wohnen, Grand City Real Estate, TAG Immobilien, Vivavest und die ehemals
676 landeseigene und 2008 privatisierte LEG besitzen in NRW zusammen fast 400.000 Wohnungen mit steigender
677 Tendenz. Nicht selten waren diese vorher im Besitz von Land, Bund, Kommune, Post oder Bahn. Die
678 Privatisierung öffentlichen Wohnraums muss gestoppt und rückgängig gemacht werden, damit Mieten
679 bezahlbar bleiben.

680 **Was tun?**

- 681 *Keine weiteren Privatisierung von Wohnungen*
682 *Rücküberführung von bereits privatisierten Beständen in öffentliches Eigentum*
683 *Wohnungsunternehmen demokratisieren, Mieter*innen mehr beteiligen*
684 *Landesprogramm zur Unterstützung Wohnungsgenossenschaften*

685 **Leerstand beenden – Spekulation verhindern**

- 686 In vielen Städten in NRW stehen Bürogebäude und Wohnungen leer. Selbst in den wachsenden Städten wie
687 Köln, Bonn, Düsseldorf, Münster und Aachen gibt es Leerstand, in ganz Deutschland werden aktuell zwei
688 Millionen Wohnungen nicht genutzt.
689 Es könnte in allen Städten und Gemeinden unmittelbar der Bestand an leerstehenden Wohnungen, Hotels,
690 Bürogebäuden, Fabriken und anderen Gewerberäumen festgestellt werden. Wohnungen, die wegen
691 Spekulation, einem geplanten Abrisses und ähnlichen Gründen leer stehen, müssen Wohnungssuchenden zur
692 Verfügung gestellt werden.

693 **Was tun?**

- 694 *Erlass eines Zweckentfremdungsgesetzes des Landes NRW*
695 *Erweiterung der Zweckentfremdungssatzung, Kommunen müssen Leerstand aktivieren und belegen*
696 *dürfen*
697 *Beschlagnahmung von Leerstand, um daraus günstige Wohnungen zu machen*
698 *Legalisierung der Besetzung von Gebäuden, die zur Spekulation leerstehen*
699 *Bereitstellen von Landesmitteln, um auf kommunaler Ebene Beamte*innen zur Durchsetzung des*
700 *Zweckentfremdungsverbot einzustellen*

701

702 **An der Seite der Mieter*innen**

703 In vielen Städten in NRW wehren sich die Mieter*innen gegen steigende Mieten, Luxussanierung und
704 Verdrängung. DIE LINKE steht an ihrer Seite und beteiligt sich an Aktionen.

705 In Köln haben 2014 hunderte Menschen mit friedlichen Sitzblockaden versucht, eine Zwangsäumung nach
706 einer fingierten Eigenbedarfsklage zu verhindern. Vielerorts mehren sich die Proteste von Menschen gegen
707 skrupellose Wohnungspolitik.

708 DIE LINKE unterstützt die Selbstorganisation von Mieter*innen und Initiativen für eine gerechte
709 Wohnungs- und Mietenpolitik. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass die Kündigungssperrfrist bei
710 Wohnungsumwandlung in Eigentumswohnungen flächendeckend in ganz NRW auf 10 Jahre angehoben
711 wird, und drängt darauf, dass die Landesregierung ihre im BGB benannte Ermächtigung zu einer solchen
712 Bestimmung durch Rechtsverordnung nutzt.

713 ***Was tun?***714 *Aufbau und die Stärkung von Mieterinitiativen und Bündnissen wie „Recht auf Stadt“*715 *Förderung von Vereinen zum Schutz der Mieter*innen durch das Land NRW*716 *Stärkung der Mieterrechte über Bundesratsinitiative*717 *Flächendeckende Verlängerung der Kündigungssperrfrist auf 10 Jahre*718 **8. Verkehr: Fahrscheinlos mit Bus und Bahn das Klima schützen**

719 Mobilität ist Bewegungsfreiheit. Barrierefreie Mobilität ist aber noch lange nicht überall umgesetzt. Viele
720 werden deshalb von gesellschaftlicher Teilhabe ausgeschlossen. Wir verstehen Mobilität als Grundrecht, und
721 wollen dessen Ausübung allen ermöglichen.

722 Wir brauchen zugleich weniger Verkehrsaufkommen. Verkehrslärm belastet viele Menschen, besonders in
723 Wohnlagen, die für Menschen mit geringem Einkommen erschwinglich sind. Wir wollen Mobilität
724 umweltschonend und lebenswert gestalten. Bei der Stadtplanung darf nicht mehr das Auto im Mittelpunkt
725 stehen. Eine nachhaltige Infrastrukturentwicklung setzt auf Verkehrsvermeidung und ressourcensparsame
726 Verkehrsmittel.

727 Leider ist das Gegenteil zu beobachten: Ausbildung und weiterführende Schulen werden in die Innenstädte
728 verlagert, dezentrale kleine Nahversorger durch wenige große Supermärkte verdrängt. Wer vom Dorf in die
729 Städte will, muss oft lange Strecken fahren, meist mit dem Auto, da der ÖPNV hier nicht weit genug ausgebaut
730 ist. So entsteht immer mehr Verkehr in beiden Richtungen.

731 Der motorisierte Individualverkehr ist in den Städten jedoch einer der wichtigsten Verursacher von
732 Umweltverschmutzung, Ressourcenverbrauch, Klimawandel und gesundheitlicher Belastungen durch Lärm und
733 Feinstaub. Wir müssen unsere Städte so umbauen, dass Fahrräder und öffentlicher Nahverkehr absoluten
734 Vorrang haben.

735 Wir haben das Ziel nachhaltiger Konzepte für Mobilität. Das bedeutet ein vernetzter Umweltverbund – zu Fuß,
736 per Rad, mit Carsharing, Bus und Bahn. Dafür bedarf es Mobilitätsstationen in allen Städten und
737 Stadtteilzentren als zentrale Verknüpfungspunkte der verschiedenen Verkehrsträger. Wir setzen uns für
738 kurze Wege zwischen den Orten von Wohnen, Versorgung, Freizeit, Arbeit und Bildung sowie für eine fuß-
739 und fahrradfreundliche Siedlungsstruktur ein. Verkehrsberuhigte Anwohnerbereiche sollen systematisch
740 ausgeweitet werden. Dabei ist eine barrierefreie Ausgestaltung wesentlich.

741 Wer Lebensqualität in der Stadt will, muss bei der Straßengestaltung ansetzen. Die Straße ist immer auch
742 wichtiger Lebensraum für die Nachbarn im Stadtteil, Beschäftigte auf dem Weg zur Arbeit oder Kinder auf der
743 Suche nach Spielräumen. Straßen müssen so gestaltet sein, dass sich Menschen gerne draußen aufhalten und

744 fortbewegen. Der Fußverkehr ist die kostengünstige, energieeffiziente Fortbewegung, aber auch für
745 gesellschaftliche Miteinander und einen gesunden Lebensstil unverzichtbar.

746 Das landeseigene Straßennetz wollen wir in einen guten Zustand bringen, indem wir das Prinzip „Erhalt vor
747 Aus- und Neubau“ weiter verfolgen. Geschwindigkeitsbegrenzungen sind gut fürs Klima, zudem tragen sie zu
748 Verkehrssicherheit und weniger Lärm bei. Wir setzen uns für ein generelles Tempolimit auf Autobahnen ein.

749 Die Natur gilt es auch beim Straßenbau zu berücksichtigen. Eingriffe, die mit dem Bau und dem Betrieb von
750 Straßen verbunden sind, müssen in jedem Fall durch begleitende Naturschutzmaßnahmen ausgeglichen
751 werden. Verkehrspolitik muss aktive Klimaschutzpolitik sein.

752 **Was tun?**

753 *Größtmögliche Vermeidung der Zerschneidung von Flächen von Natur und Landschaft durch Straßenbau und*
754 *Versiegelung*

755 *Umweltgerechte und naturschutzkonforme Pflege des Straßenbegleitgrüns sicherstellen*

756 *Umweltfreundliche Alternativlösungen, frühe Einbindung und echtes Mitspracherecht von Umweltverbänden*
757 *und Bürger*innen bei der Verkehrsplanung*

758 *Landesstandards zur Barrierefreiheit in der Verkehrsplanung weiterentwickeln*

759 *Modellprojekt „Tempolimit in NRW“ auf zwei besonders durch Raser und Verkehrstote auffällig gewordenen*
760 *Autobahnen starten*

761 *Modellversuche gegen schwere Baumunfälle mit speziellen Warntafeln und Schutzplankenprogramm an den*
762 *betroffenen Strecken nach niedersächsischem Vorbild*

763 *Umwidmung von Flächen für den ruhenden Verkehr, also die Reduzierung von Parkplätzen zugunsten*
764 *von Fahrradparkhäusern oder bewachten Fahrradabstellanlagen*

765 *Verringerung des LKW-Verkehrs in Ortschaften durch Verkehrsverlagerung und Vermeidung von*
766 *Leerfahrten*

767

768 **Straßenverkehr**

769 Das Straßennetz ist ein wichtiger Teil der öffentlichen Infrastruktur. Der motorisierte Straßenverkehr bedroht
770 und belästigt uns allerdings auch durch Lärm, Abgase und Unfälle. Wir wollen das bestehende Straßennetz
771 erhalten, aber eine Verlagerung auf andere Mobilitätsformen erreichen.

772 **Was tun?**

773 *Absoluter Vorrang der Erhaltung von Straßen vor dem Neubau*

774 *strengere Umweltprüfung bei Straßenneubauten*

775 *Einsatz der Fördermittel für umweltfreundliche Mobilität zur Vernetzung von Verkehrssystemen*

776 *(Intermodalität), anstelle der eindimensionalen Förderung der Elektromobilität*

777 *Keine Genehmigung von Gigalinern, also LKW mit Überlänge*

778 *Verstärkte Berücksichtigung von Barrierefreiheit bei Planungen im Straßenbau*

779 **Keine Privatisierung von Bus und Bahn**

780 Wir setzen uns dafür ein, dass weder die Verbraucher*innen noch die Beschäftigten im öffentlichen Verkehr
781 auf der Strecke bleiben. Der Sinn von Bus und Bahn ist nicht die Erzielung einer möglichst hohen Rendite,
782 sondern die Schaffung von Mobilität für die Menschen. Wir wollen, dass die Straßenbahn nicht nur dann fährt,
783 wenn sich die Fahrgastzahl rechnet. Wir brauchen ein öffentlich organisiertes und deutlich verbessertes Netz
784 im öffentlichen Personenverkehr.

785 Bahnhöfe und Haltestellen sind auf die Bedürfnisse der Fahrgäste auszurichten und müssen barrierefrei sein.
786 Damit mehr Güter mit der Bahn transportiert werden, sind effiziente Logistikkonzepte und Verteilzentren zu
787 entwickeln.

788 **Was tun?**

789 *Privatisierung der Bahn verhindern*

790 *Unterstützung des Landes bei der Rück-Übernahme von Bus- und Bahnlinien*

791 *Energieversorgung vor Ort demokratisch und ökologisch organisieren*

792 **Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)**

793 Jahrzehntelang hat die anderen Parteien beim Nahverkehr vor allem eine Frage umgetrieben: „Wie können wir
794 es schaffen, hier weniger Geld auszugeben?“. Und das, obwohl der öffentliche Nahverkehr in
795 volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung günstiger ist als die Bereitstellung der Straßen für immer mehr Autos. In
796 der Folge wurde das Netz ausgedünnt, die Taktzeiten verschlechtert, der Nahverkehr wurde unzuverlässig und
797 hat sich einen immer schlechteren Ruf erarbeitet.

798 Damit mehr Menschen den öffentlichen Nahverkehr nutzen, muss er besser und einfacher werden. In einem
799 strategischen landesweiten Nahverkehrsausbauplan wollen wir die Grundlagen für zukunftsfähigen ÖPNV vom
800 Schienenverkehr über die Stadtbahn, U- und Straßenbahn, den Bus bis hin zum Ruftaxi schaffen um die
801 Attraktivität für den ÖPNV zu steigern und die Fahrgastzahlen zu steigern. Zudem erreicht der ÖPNV auch
802 Menschen, die sich kein Auto leisten können.

803 Die zweite große Baustelle beim ÖPNV ist der Fahrpreis. Schon heute sind normale Tickets etwa zur Hälfte
804 öffentlich finanziert. Dennoch bestimmen komplizierte Tarifsyste, undurchsichtige Übergangsregeln von
805 Verkehrsverbund zu Verkehrsverbund und regelmäßige Preiserhöhungen das Bild. Wir wollen die ÖPNV-
806 Nutzung einfacher und billiger machen, mit der Perspektive auf völlig fahrscheinlos Nutzung. Dazu gibt es
807 verschiedene Finanzierungsmodelle, die gerechter und volkswirtschaftlich sinnvoller sind als der Verkauf von
808 Einzeltickets. Muss für einzelne Fahrten nicht oder nur wenig gezahlt werden, wird das Mobilitätsangebot
809 besser angenommen. Die Straßen werden entlastet, sodass für unverzichtbare verbleibende Individualfahrten
810 sogar die Bedingungen besser werden.

811 ***Was tun?***

812 *Einen solidarisch finanzierten, fahrscheinlosen ÖPNV*

813 *Anerkennung des ÖPNV als Pflichtaufgabe*

814 *Mehr Linien und kürzere Taktzeiten für Bus und Bahn in den Flächenkreisen*

815 *Die Fusion der einzelnen Betriebe innerhalb des VRR zu einem Nahverkehrsbetrieb*

816 *Landes- und Bundesfinanzierung zur Sanierung der U-Bahnhöfe*

817 *kostenlose P&R-Plätze an Knotenpunkten, Busbahnhöfen und Bahnhöfen*

818 *Barrierefreiheit im ÖPNV, Orientierungshilfen für Sehbehinderte und Gehörlose*

819 **Schieneverkehr**

820 Die Schiene ist und bleibt eine der besten Möglichkeiten zum Transport großer Passagierzahlen und
821 Gütermengen. Wir wollen das Schienennetz ausbauen und mehr Verkehr darauf verlagern. Die Ausschreibung
822 von Schienenverkehrsleistungen, bei denen sich die Wettbewerber vor allem auf Kosten des Personals
823 unterscheiden können, lehnen wir als inakzeptables Lohndumping ab. Wir setzen uns ein für eine konsequente
824 und frühzeitige Bürger*innenbeteiligung beim Neu- und Ausbau von Schienenstrecken für den Güterverkehr,
825 Berücksichtigung von Lärmschutz und Sicherheitsaspekten. Der Güterverkehr muss auf die Schiene. Dazu sind
826 unter anderem bei der Einrichtung von Güterlogistikzentren Schienenanschlüsse einzuplanen.

827 ***Was tun?***

828 *Mehr in Schieneninfrastruktur, Leit- und Sicherheitstechnik investieren*

829 *Alle Bahnhöfe barrierefrei machen*

830 *Neubau der Güterstrecke nach Antwerpen („Eiserner Rhein“) mit wenig Belastung für Wohngebiete und gutem
831 Lärmschutz*

832 *Bessere Maßnahmen zur Lärminderung beim Schienengüterverkehr*

833 *Den Rhein-Ruhr-Express (RRX) von Dortmund nach Köln viergleisig ausbauen*

834 *Die Haltepunkte Köln-Mühlheim, Mülheim an der Ruhr und Wattenscheid zum ständigen Systemhalt*
 835 *für den Rhein-Ruhr-Express (RRX) machen*

836 *Den Ausbau des Teilstücks im Bereich Düsseldorf-Kalkum/Duisburg im Sinne der Forderungen der*
 837 *Bürgerinitiativen*

838 *Zweispuriger Ausbau der Strecken Münster-Lünen und Münster-Rheda-Wiedenbrück, Elektrifizierung der*
 839 *Strecke Münster-Rheda-Wiedenbrück*

840

841 *Zusätzliche Sicherheitsstandards- und Vorkehrungen im höchsten Maße entlang der geplanten Betuwe-*
 842 *Linie und ähnlicher geplanter Güterstrecken nach niederländischem Vorbild*

843 *Alle Züge des Personenverkehrs müssen in ausreichendem Umfang Platz für Gepäck, Fahrräder, Kinderwagen*
 844 *und Rollstühle bieten*

845 **Luftverkehr**

846 *Flugverkehr ist eine Umwelt und Anwohner besonders belastende Verkehrsform. Wir wollen die verursachten*
 847 *Schäden begrenzen. DIE LINKE NRW setzt sich für mehr Bürgerbeteiligung beim Flugbetrieb ein. Nachtflüge*
 848 *lehnen wir ab, da sie für Anwohner*innen in den Flugschneisen zu nicht hinnehmbaren Ruhestörungen führen.*
 849 *Von Fluggesellschaften fordern wir realistischere Zeitpuffer bei Landungen, Starts und Umläufen, um die*
 850 *gesetzlich vorgeschriebenen Lande- und Startzeiten einzuhalten.*

851 **Was tun?**

852 *Kein weiterer Ausbau von Flughäfen in Leistungsumfang und Fläche*

853 *Keine Subventionierung des Flugverkehrs mehr durch die niedrige Kerosinsteuer*

854 *Mehr Lärmschutz bei Starts und Landungen mittels eines Fluglärmaktionsplans*

855 *Bürgerbeteiligung bei der Planung von Flugzeiten*

856 *Ein striktes Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr*

857 *Linien- und Charterflüge über eine Distanz von weniger als 300 km werden nicht mehr genehmigt*

858 **Radverkehr**

859 *Das Fahrrad ist ein Teil der Lösung für die Verkehrsprobleme in den Innenstädten. Die Stickoxid-Werte und*
 860 *die Lärmelastigung überschreiten seit langem alle Grenzwerte. Über 90 Prozent der Wege sind unter 10*
 861 *Kilometer. Fahrräder sind preiswert, ökologisch und benötigen weniger Geld und Raum für die*
 862 *Infrastruktur. Nur mit einem größeren Anteil an Fahrrädern können wir die notwendige Verkehrswende*
 863 *schaffen. Paris, London, Barcelona und New York setzen auf die Erfolge von Amsterdam und Kopenhagen.*
 864 *Wir wollen, dass der prozentuale Anteil von Fahrrädern am gesamten Verkehrsaufkommen deutlich*
 865 *erhöht wird. Dazu soll das Radverkehrsnetz und die Infrastruktur zur Erledigung von Fahrten mit dem*
 866 *Fahrrad einladen. Das Radfahren muss sicherer werden.*

867 **Was tun?**

868 *Ausbau eines Radschnellwegenetzes in den Ballungsräumen NRW*

869 *Alltagstauglichkeit des Radwegenetzes des Landes erhöhen, bessere Verknüpfung mit den regionalen*
 870 *und kommunalen Radwegenetzen*

871 *Ausbau von Fahrradständern, Ladestationen für E-Bikes und bewachten Radstationen an Bahnhöfen*

872 *Pilotprojekt mit kostenlosen Leihfahrrädern in einer Großstadt*

873 **Wasserwege**

874 *Wasserwege als Transportwege zu nutzen, insbesondere für Güter, entlastet die Straßen. Hierbei darf aber*
 875 *nicht der Umwelt- und Naturschutz außer Acht gelassen werden.*

- 876 Neben allen ökologischen Problemen im Rhein und in den angrenzenden Gebieten werden Häfen mit geringen
877 Investitionsmöglichkeiten und kleine Reedereien mit flussverträglichen Schiffen mit geringerer Fahrtiefe
878 verdrängt, wenn alles auf eine Infrastruktur für Großanlagen gesetzt wird. Eine Fahrrinnen-Vertiefung des
879 Rheins ist aus ökologischen Gründen abzulehnen.
- 880 Noch immer sind Schiffsmotoren für einen hohen Anteil der Schadstoffbelastung in den Städten entlang der
881 Flüsse verantwortlich. Damit die Binnenschifffahrt ihr Potential als ökologische Alternative zum Lkw-Verkehr
882 ausschöpfen kann, muss der Abgasausstoß verringert werden.

883

884 **Was tun?**885 *Verbesserung des Übergangs von anderen Verkehrswegen auf das Schiff*886 *keine Vertiefung natürlicher Gewässer*887 *Förderung kleiner Reedereien und flussverträglicher Schiffstypen*888 *Abgasnormen auch für Schiffe*889 *Auflegung eines Forschungs- und Förderprogramms zur umweltfreundlichen Umrüstung von*890 *Schiffsmotoren*

891

892 **9. Sport: Dabei sein können ist für alle wichtig**

893 Sport gehört wie Bildung und Kultur zur gesellschaftlichen Teilhabe. Denn Sport bringt Lebensqualität,
 894 verbindet Menschen und leistet einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung ihrer sozialen Beziehungen. Er fördert
 895 Selbstvertrauen und das Bewusstsein für die eigenen Fähigkeiten. Er fördert die Gesundheit und die
 896 Rehabilitation nach Krankheit und Verletzungen.

897 Wir sehen die Hauptaufgabe der Sportförderung darin, den Zugang zu sportlicher Betätigung für alle zu
 898 ermöglichen, nicht nur für einige wenige. In den Städten und Gemeinden in NRW unterstützt DIE LINKE bereits
 899 jetzt Sportentwicklungspläne und Masterpläne Sport dort, wo diese darauf abzielen, allen Interessierten die
 900 Möglichkeit zu geben, daran teilzuhaben. Finanzielle Kürzungen bei der Förderung des Breitensports lehnen wir
 901 ab. Sport ist eine öffentliche Aufgabe, der Zugang darf nicht privaten Gewinninteressen untergeordnet werden

902 **Was tun?**903 *Sport als kommunale Pflichtaufgabe gesetzlich verankern*904 *Stärkung der Sportförderung*905 *Höhe der Mittel an den Landessportbund verbindlich ins Gesetz schreiben*906 *Erhalt und Ausbau öffentlicher Sportanlagen*907 *Erhöhung der Landesmittel für Neubau und Sanierung von Sportstätte*908 *Höhere Übungsleiterpauschalen vor allem im Kinder- und Jugendbereich*909 *Kostenlose Qualifizierungsmaßnahmen für Übungsleiter*innen*910 **Sich gemeinsam bewegen für ein besseres Miteinander**

911 Sport liefert wertvolle Beiträge dazu, Brücken zwischen Menschen zu schaffen, Toleranz zu fördern und
 912 Vorurteile abzubauen. Er bietet Chancen für interkulturelle Verständigung und kann dazu beitragen,
 913 gesellschaftliche und geschlechtsspezifische Beschränkungen in Frage zu stellen und zu überwinden. Die
 914 positiven Auswirkungen des Sports auf die Förderung von Menschen mit Behinderungen sind unbestritten.

915 Um diese Potentiale zu nutzen, wollen wir die bestehenden Projekte gegen Rassismus und Sexismus, für
 916 interkulturelle Arbeit, Inklusion und die Akzeptanz sexueller Vielfalt im Sport ausbauen und ergänzen. Dabei
 917 wollen wir die Zusammenarbeit mit dem Landessportbund stärken.

918 **Was tun?**919 *Flächendeckend barrierefreie Sportanlagen*920 *Förderung der Teilnahme von Geflüchteten am normalen Vereinssport*921 *Gezielte Ansprache von Bevölkerungsgruppen die bislang unterrepräsentiert sind*922 *Mehr Mittel für Projekte gegen Diskriminierung und Gewalt im Sport*923 *Landesweites Programm gegen Homophobie im Sport*924 **Olympia: Eine Scheindebatte**

925 Nachdem sich die Bevölkerung in Hamburg klar gegen olympische Spiele in der Hansestadt ausgesprochen hat,
926 wird nun in NRW diskutiert, dieses Megaevent in unser Land zu holen. Die CDU macht kräftig Stimmung dafür.
927 Die Landesregierung hat sich vorsichtiger, aber auch wohlwollend geäußert.

928 Bei Licht betrachtet sind die Chancen einer erfolgreichen Olympiabewerbung aber bescheiden. Nicht zuletzt,
929 weil der Deutsche Olympische Sportbund kein Interesse an dieser Bewerbung zeigt. Da das Thema derzeit gar
930 nicht ansteht (das Bewerbungsverfahren für die Spiele 2028 startet erst 2019) ist klar, welchem Zweck die
931 Debatte dient: Mit der Sportbegeisterung der Menschen in NRW soll Wahlkampf gemacht werden.

932 Aber auch wenn die Aussicht auf olympische Spiele in NRW irgendwann realistisch würde, sollte man skeptisch
933 bleiben. Denn Olympia hat sich an praktisch allen bisherigen Austragungsorten als vergiftetes Geschenk
934 erwiesen. Explodierende Kosten in Milliardenhöhe, untragbare Auflagen des Internationalen Olympischen
935 Komitees, Korruptionsskandale, die Erfahrung, dass kaum etwas von dem geflossenen Geld in der Region bleibt
936 und vieles mehr trüben die Freude über diese eigentlich schöne Veranstaltung.

937 DIE LINKE ist der Auffassung, dass eine so folgenschwere Entscheidung jedenfalls nicht über die Köpfe der
938 Menschen hinweg gefällt werden darf.

939 ***Was tun?***

940 *Verzicht auf Olympiavorbereitungen zum jetzigen Zeitpunkt*

941 *Volksentscheid vor dem Start von Bewerbungsverfahren*

942 *Ausbau des Breitensportes statt Investitionen für Leuchtturmevents*